

fen, das gleich, wenn sie es können, unter Beweis zu stellen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die SPD spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Papke, ich habe das verstanden: Sie wollen die Spannung hochhalten, bis Sie mit irgendeinem konkreten Vorschlag kommen. Wir warten darauf!

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, eine Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags zu beantragen und dann diese beiden Reden hier abzuliefern, das ist wirklich Zeitverschwendung. Sie hätten sich das sparen können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Landesliga!)

Gleich zu Beginn in aller Klarheit: Selbstverständlich – ich gebe das gerne zu – hätte auch ich mir ein anderes Urteil des Verfassungsgerichtshofs gewünscht,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sind am Zug!)

vor allem auch deshalb, Herr Kollege Papke, weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass es richtig und vernünftig ist, ganz im Sinne der Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates, Herr Kollege Laumann, finanzielle Vorsorge durch zweckgebundene Rücklagen, durch die Zuführung zu Sondervermögen für zukünftige Ausgaben zu bilden, die so oder so, meine Damen und Herren, auf uns alle zukommen werden – Ausgaben, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die aus Risiken entstanden sind und entstehen, die Sie uns hinterlassen haben. Das sind Zahlungsverpflichtungen, die Ergebnis Ihrer Politik sind. Da kommen Sie nicht raus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU und von der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU]: Hören Sie doch bloß auf!)

– Ich komme darauf gleich zurück. Ich rechne Ihnen das noch im Einzelnen vor.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofs gesprochen. Es gilt. Wir haben uns alle daran zu halten. Und wir werden uns selbstverständlich daran halten. Der Verfassungsgerichtshof, Herr Kollege Laumann, hat den Nachtragshaushalt 2010 für nichtig erklärt, und zwar den gesamten Nachtragshaushalt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Gott sei Dank! Gut so!)

Denn Sie haben ja auch nicht Teile des Nachtragshaushalts beklagt. Ich hatte auch bei den Reden gerade den Eindruck, dass manchen von Ihnen bei der Konsequenz aus diesem Urteil mulmig geworden ist und Sie heute den Eindruck zu erwecken versuchen, auch in den Ausschüssen, als hätten Sie nur Teile beklagt. Deshalb die klare Feststellung: Alle mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen Ausgaben verlieren mit dem Urteil die aus diesem Gesetz entstandene haushaltsrechtliche Grundlage. Alle, Herr Kollege Laumann!

(Christian Möbius [CDU]: Bis auf die Kommunen!)

Das haben Sie wissend oder billigend in Kauf genommen.

(Christian Möbius [CDU]: Lesen können Sie auch nicht!)

Das sollten Sie eingestehen. Sie haben auch die finanzielle Entlastung der Kommunen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die zusätzlichen Lehrerstellen beklagt. Sagen Sie das laut und deutlich den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben die direkten Hilfen für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beklagt. Sagen Sie das den Einrichtungen, den Trägerinnen und Trägern.

(Armin Laschet [CDU]: Eine Baustelle, die es gar nicht gibt! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben auch den Nachteilsausgleich für die Kommunen beklagt, der deshalb aufgebracht werden muss, weil das Verfassungsgericht Ihnen, der abgewählten Landesregierung, der Regierung Rüttgers, eine fehlerhafte Mittelverteilung an die Kommunen für die Kosten der Unterkunft nachgewiesen hat. Ihnen hat der Verfassungsgerichtshof also nachgewiesen, dass Sie fehlerhaft gearbeitet haben. Deshalb muss der Nachteilsausgleich rein. Auch den haben Sie beklagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben alle Ausgaben im Nachtragshaushalt beklagt, Ausgaben, die nötig geworden sind – ich wiederhole das gern und tue das immer wieder von Neuem –, weil Sie die Risiken in Ihrer Verantwortungszeit verschwiegen, versteckt oder auf andere verschoben haben. Das ist die Wahrheit. Daran kommen Sie nicht vorbei, auch wenn das bitter ist für Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Und gerade ist wieder deutlich geworden: Sie wollten und Sie wollen die Schlussabrechnung mit der abgewählten Regierung Rüttgers schönrechnen.

(Christian Möbius [CDU]: Falsch!)

Das wird Ihnen nicht gelingen. Wir entlassen Sie nicht aus Ihrer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, nach dem Urteil ist klar: Die Landesregierung prüft – ich sage es Ihnen gleich noch mal ganz genau –, was nach dem Richterspruch an Ausgaben noch geht und was nicht geht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor allem geht es darum, Unsicherheit zu beseitigen, die bei Zahlungsempfängern entstanden ist, also beispielsweise bei den Kommunen, damit diese wieder Planungssicherheit bekommen. Der Finanzminister wird darüber berichten.

Ja, wir werden als Konsequenz aus dem Urteil, Herr Kollege Laumann – und damit sinkt dann die Neuverschuldung für das Haushaltsjahr 2010 – die zweckgebundenen Rücklagen auflösen müssen, die Zuführung zu den beiden Sondervermögen, die Risikoabdeckung WestLB. Sie wissen, was Sie mit den sogenannten faulen Papieren in die Bad Bank hineingelegt haben.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie haben das hineingelegt!)

Sie wissen, was da liegt, und Sie wissen, dass da gezahlt werden muss.

(Zuruf von der SPD: Milliarden!)

Auch die Zuführung zum Pensionsfonds müssen wir auflösen.

Aber damit, meine Damen und Herren, werden doch die Ausgaben, die kommen werden, nicht verschwinden. Sie können doch die Augen nicht vor dem verschließen, was kommt. Sie haben das fünf Jahre gemacht: die Augen verschlossen vor Risiken, diese auf andere geladen und sich dann gewundert, wenn es hochgekommen ist. Das lassen wir nicht durchgehen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Nein! Die Risiken bleiben. Und damit bleibt auch die Verantwortung aus Ihrer Regierungszeit für die damit verbundenen Ausgaben.

Ich will ein Stichwort zur Abschlussbilanz sagen. Ihr Prozessbevollmächtigter, Herr Gröpl, hat sich vor dem Verfassungsgerichtshof darüber hergemacht und gesagt: 130 Milliarden € Schulden in Nordrhein-Westfalen – Höchststand. Er hat nur vergessen, den Verfassungsgerichtshof darauf hinzuweisen, welchen Anteil Sie in Ihrer Regierungszeit an diesem Schuldenhöchststand hatten.

(Zuruf von der CDU: 13 Milliarden! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: 23!)

Und weil Ihr Versuch, Herr Kollege Laumann, uns das vorzurechnen, nicht ganz geklappt hat, helfe ich Ihnen noch ein bisschen.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben in Ihren fünf Jahren Regierungszeit 23,5 Milliarden € neue Schulden draufgeladen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie haben das in einer Zeit getan, als Sie mehr als 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen hatten.

(Widerspruch von der CDU)

Und Sie haben den Kommunen auf dem Raubzug durch die kommunalen Kassen, den Sie veranstaltet haben, 3 Milliarden € weggenommen, vorenthalten, Lasten aufgebaut.

(Beifall von der SPD)

Herr Rüttgers, Sie bleiben der Schuldenkönig in Nordrhein-Westfalen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. So ist das nun mal.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer ...

Norbert Römer (SPD): Dann will ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wie wir jetzt damit umzugehen haben. Wir werden die Haushaltsplanberatung selbstverständlich planmäßig fortsetzen. Herr Kollege Laumann, ich habe Ihre Sparvorschläge ja mitbekommen. Das, was Sie an neuen Steuermehreinnahmen sehen, können wir auch erkennen. Das kann man veranschlagen; das kann man von mir aus auch gemeinsam machen. Aber Sie haben keinen einzigen Sparvorschlag hier hingelegt,

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Aber selbstverständlich!)

mit dem erkennbar werden konnte, dass Sie die Investitionsgrenze mit Ihren Sparvorschlägen nicht überschreiten. Sie bleiben alles schuldig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir warten auf Ihre Sparvorschläge, meine Damen und Herren, und wir warten wahrscheinlich noch lange darauf.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Römer, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Schemmer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Norbert Römer (SPD): Nein, nein, vielen Dank. Ich möchte im Gesamtzusammenhang vortragen. Die Opposition hat genug Redezeit gehabt.

Herr Kollege Laumann, ich habe mir Ihre Sparvorschläge, die Sie veröffentlicht haben, angeguckt. Ich habe gesehen, zu welch tollen Leistungen Sie kommen. Sie wollen auf jeden Fall – das wollen wir mal festhalten – die Zuweisungen an die Hochschulen nicht auszahlen. Sie wollen beim Kinderbildungsgesetz, bei den Kleinsten, kürzen. Sagen Sie das all denjenigen, die darauf setzen, dass wir endlich wieder in Zukunft investieren und die Schäden, die Sie mit Ihrer Unterfinanzierung im sogenannten Kinderbildungsgesetz hinterlassen haben, Herr Laschet, reparieren.

(Armin Laschet [CDU]: Die Kitas kriegen doch gar nichts!)

Sie wollen beim Hochwasserschutz sparen. Sie wollen bei wichtigen Dingen sparen, um die es nach unserer festen Überzeugung überhaupt nicht gehen kann, weil wir sie brauchen, auch für die Zukunft.

Ich habe das alles vor mir liegen. Sie kommen nach Ihrer tollen Rechnung – vorhin haben Sie von 1,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen gesprochen – insgesamt auf ein Volumen, das gemessen an dem, was wir eingebracht haben, veränderbar wäre, von 2,3 Milliarden €. Damit liegen Sie, Herr Kollege Laumann, noch immer knapp 1 Milliarde € über der sogenannten Verfassungsgrenze.

(Christian Weisbrich [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Dann haben Sie noch eines vergessen: Sie haben nicht einmal Ihre eigenen Beschlüsse, die Sie auf Ihrem Landesparteitag zu Ihrer sogenannten Bildungspolitik gefasst haben, eingerechnet. Eine Milliarde über den Daumen kommt da noch drauf. Sie sind also überhaupt nicht in der Lage, für Ihre großartige Ankündigung, Sie kämen hier mit Sparvorschlägen, die auf einen verfassungskonformen Haushalt – nach Ihrer Definition – hinauslaufen würden, auch nur ansatzweise den Beweis zu liefern. Lassen Sie das sein, Herr Kollege Laumann; es bringt überhaupt nichts.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen dazu: Weil es eine gemeinsame Erfahrung aus der Vergangenheit ist – da nehme ich uns überhaupt nicht aus –, dass wir mit den Instrumenten, die wir reflexartig in schwierigen Haushaltssituationen eingesetzt haben – beim Personal zu sparen, bei sozialen Ausgaben zu sparen –, nicht weitergekommen sind, haben wir die Situation, dass wir heute sehr viel höhere gesellschaftliche, soziale Reparaturkosten zu verantworten haben, als wir hätten, wenn wir frühzeitig Vorsorge getroffen hätten.

Das ist der entscheidende Punkt, wo wir uns von Ihnen unterscheiden – da gehen wir gerne auch in

eine solche Debatte in der Öffentlichkeit hinein –: Wir werden dafür sorgen, dass mit Zukunftsinvestitionen in die Förderung von Kindern und Familien, mit vorbeugenden Maßnahmen, mit Zukunftsinvestitionen in die Bildung die Weichen für wirtschaftliches Wachstum in Nordrhein-Westfalen und für eine bessere soziale Sicherheit von Menschen in der Weise gestellt werden, dass daraus auch die Rendite kommt. Da lassen wir uns gerne mit Ihnen auf eine solche Auseinandersetzung ein.

Deshalb bleibt es bei dem, was wir begonnen haben. Diese Investitionen sind vernünftig, zielorientiert und vor allen Dingen zukunftsweisend. Das lässt im Übrigen auch – schauen Sie mal genau hinein – das Urteil des Verfassungsgerichtshofs erkennen. Es will, dass wir auch in solche vorsorgenden Maßnahmen investieren, um wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft möglich zu machen.

(Widerspruch von der CDU)

Ich stelle am Ende der heutigen Sondersitzung nach Ihren beiden Redebeiträgen fest: Vorschläge von CDU und FDP für weitere Einsparmöglichkeiten im Haushalt, um auf die sogenannte Investitionsgrenze zu kommen – Fehlanzeige! Sie bleiben offensichtlich jeden Vorschlag schuldig. Wir warten auf Ihre weiteren Vorschläge, meine Damen und Herren. Ansonsten auf weitere gute und vor allen Dingen fruchtbare Beratungen über den Haushaltsplan!

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

